

Gera becomes schill-out-zone!

Aufruf gegen die Wahlkampfveranstaltung der "Schill-Partei" am 1. September 2002 in Gera

Antirassismus praktisch gestalten! Seitdem Ronald Barnabas Schill seine "Partei Rechtsstaatlicher Offensive" gegründet hat, bedient sich diese übelster Stammtischpolemik und Hetzreden gegen alles Nichtdeutsche. Sie kokettiert somit offen mit der "Politik" von Rechtsextremen und Neonazis und zeigt das auch. So gibt Schill gerne auch mal ein Interview an die Nazipostille "Nation & Europa", wie erst kürzlich geschehen. Das Hetzblatt stuft der Verfassungsschutz als "das bedeutendste rechtsextremistische Strategie- und Theorieorgan" ein. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn Abgeordnete der "Schill-Partei" Anträge stellen, wie sie die DVU wohl kaum anders eingebracht hätte. Wolfgang Barthel-Völkel bspw. forderte "Internierungslager für kranke ZuwandererInnen - damit sich deutsche Männer nicht bei 'ukrainischen Au-pair-Mädchen' mit HIV anstecken." (SPIEGEL 36/2002) Auch in Thüringen sind mit Martin Moderegger und Günter Steinert zwei Schill-Leute an der Spitze der thüringischen Landesliste, die zuvor dem rechtslastigen Bund freier Bürger (BfB) des ehemaligen FDP-Mannes Manfred Brunner angehört haben. Steinert war 1999 in einem Wahlbündnis mit den Republikanern zu den Landtagswahlen angetreten und war auch mal stellvertretender Vorsitzender der FDVP, einer Abspaltung der rechtsextremen DVU. Der Verfassungsschutzbericht Thüringens erwähnt ihn in den Jahren 1999 und 2000. Moderegger hatte sich einen Namen gemacht, weil er sich neben dem ehemaligen Landeskoordinator für Nordrhein-Westfalen, Dieter Mückenberger, zu einem der vehementesten Befürworter eines bundesweiten Antritts der Schill-Partei gemacht hatte. Bereits im hessischen Fulda, wo Moderegger vor seinem beruflichen Wechsel nach Thüringen gearbeitet hatte, war er dem BfB beigetreten.

Die "Partei Rechtsstaatlicher Offensive", welche sich laut Schill als CSU des Nordens sieht, holte bei der letzten Hamburger Bürgerschaftswahl 19,4 Prozent der Stimmen und ist seitdem in der Hamburger Bürgerschaft neben SPD, GAL, CDU und FDP mit 25 von 121 Sitzen vertreten (Hamburger Koalition aus CDU, FDP und "Schill-Partei"). Als Innensenator Hamburgs setzt sich Schill für den unmenschlichen Einsatz von Brechmitteln gegen Drogendealer ein, die seinen Äußerungen zufolge ja meist sowieso Ausländer seien. Auch als bei einer Durchführung solch eines Brechmitteleinsatzes ein vermeintlicher Drogendealer aus Afrika starb, blieb dieser Vorfall ohne Konsequenzen.

Auch ließ sich Parteichef Schill, der laut Eigenaussage eine Walther PPK unterm Sakko trägt, vom bayerischen Innenminister Beckstein mehrere PolizistInnen schicken, welche er zur "präventiven Bekämpfung der Kriminalität" einsetzen wolle. Der wahre Grund jedoch ist neben der Durchsetzung faschistoider Innenstadtkonzepte eher bei der verstärkten Überwachung und Kontrolle von Menschen zu suchen. Diese führt nämlich - ganz im Sinne Schills - dazu, dass alternative und emanzipatorische Inhalte forciert bekämpft und Menschen, die sich in irgend einer Weise gegen den rassistischen und nationalistischen Normalzustand in Deutschland zur Wehr setzen, verstärkter Repression unterzogen werden können.

Auch hat Schill den Menschenhandel wieder für sich entdeckt. So machte er in einem Fernsehinterview unverhohlen den Vorschlag, "Einwanderer" aus Afrika, die "Deutschland nicht benötigt", an andere afrikanische Staaten zu verkaufen, indem diesen Ländern für jeden "abgenommenen" Menschen finanzielle Beihilfen zukommen. Eine andere Bezeichnung als "moderne" Sklaverei kommt hier wohl kaum in Frage.

Zur Legitimierung dieses rassistischen Kalküls versucht er bei allen Auftritten das Bild des "nichtdeutschen Schmarotzers" zu schüren. Wie vor kurzem geschehen, als Schill zum ersten Mal eine Rede als Hamburger Innensenator vor dem deutschen Bundestag halten durfte - und es prompt zum Eklat kam. Nachdem er nämlich die Deutschen als die "tüchtigsten Menschen" gepriesen hatte, machte er MigrantInnen und Sozialschwache für Finanz- und Arbeitsmarktprobleme verantwortlich, sprach von "Zuwanderung zu Lasten der Sozialkassen" und verklärte damit die hinreichenden Bedingungen zum Schutze der Flutopfer. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass das Überziehen seiner Redezeit, die das Abstellen des Mikrofons zur Folge hatte, bereits vor seinem Auftritt geplant war.

Doch dem noch nicht genug. Im Grundsatzpapier der "Schill-Partei" ist die chauvinistische Deutschtümelei ganz klar zu erkennen. So soll das Recht auf Asyl aus dem Grundgesetz gestrichen und zu einem normalen Gesetz umgewandelt werden. Damit wäre die endgültige Aufhebung des Grundrechts auf Asyl vollzogen. Denn laut Schill sollen die Interessen von Minderheiten zwar mit einbezogen werden, aber keinerlei Bezugspunkte für politische Entscheidungen darstellen.

Am deutlichsten positioniert sich die Partei, welche momentan sogar auf den Einzug in den Bundestag hofft, mit dem Satz: "Der Ausländerfeindlichkeit ist durch geeignete Maßnahmen zur besseren Integration sowie durch Verhinderung des unregulierten Zugangs zu begegnen." Mit dieser Täter-

Opfer-Verdrehung macht Schill MigrantInnen selbst zur Ursache von Ausländerfeindlichkeit und stützt sich damit auf den tiefverwurzelten deutschen Rassismus und Antisemitismus. Auch ist die Art der Argumentation konform mit der These der Nazis, dass die Juden selbst daran schuld seien, dass sie gehasst werden. Die "Schill-Partei" baut sich so eine neue Wählerklientel auf, die sich - bis auf ihr bürgerliches Mäntelchen - von anderen rechtsradikalen Positionen nicht mehr grundlegend unterscheidet.

Um die weitergehende Etablierung der Rechten zu verhindern und den salonfähig gewordenen Rassismus zu bekämpfen, mobilisierte die im Juli gegründete Antifaschistische Aktion Gera [AAG] unter dem Motto "Kein Friede den deutschen Zuständen! Den national-rassistischen Konsens angreifen!" für einen Widerstand gegen Schill auf die Straße. Dies führte dazu, dass sich Schill von Sondereinheiten der Polizei, wie die BFE aus Erfurt, schützen lassen musste und seine Hetztiraden gegen Flüchtlinge und "linke Chaoten" unter dem Lärm von Trillerpfeifen und Rufen der rund 60-90 DemonstrantInnen weitgehend untergingen. So blieben die Anhänger Schills und etwa 20 Neonazis der Kameradschaft Gera und der faschistischen Pollux Security, welche fleißig Beifall klatschten, unter sich. Nach seinen Auftritten in Erfurt und Jena, die allesamt in einem Desaster endeten, wird ihm auch Gera unangenehm im Gedächtnis bleiben. Getreu dem Motto "es gibt kein ruhiges Hinterland" war die Aktion demnach ein voller Erfolg - Gera becomes Schill-out-zone!

Antifaschistische Aktion Gera | September 2002